



II-4654 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.100/12-I/6/88

2064 /AB

1988 -06- 29

29. Juni 1988

zu 2275/J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider, Dkfm. Bauer haben am 30. Mai 1988 unter der Nr. 2275/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen auf Grund der EntschlieÙung des Nationalrates betreffend Gleichbehandlung von Pensionen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Experten wurden auf Grund dieser EntschlieÙung beauftragt und zu welchen Ergebnissen sind sie gelangt?
2. Welche sonstigen Maßnahmen wurden auf Grund der genannten EntschlieÙung bisher ergriffen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1 und 2:

In meinem Auftrag wurde der Verfassungsdienst mit der Koordination dieser Angelegenheit und mit der Wahrnehmung der verfassungsrechtlichen Aspekte beauftragt. Auf der Basis von Unterlagen, die vom Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr zur Verfügung gestellt wurden, hat der Verfassungsdienst im Hinblick auf die arbeits- bzw. zivilrechtlichen Aspekte die Bundesministerien für Arbeit und Soziales (Sektion "Allgemeine Sozialpolitik und Arbeitsrecht") und das Bundesministerium für Justiz (Zivilrechtssektion) befaßt. Der Bericht des Verfassungsdienstes wird in Kürze vorgelegt werden.